



Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons
Bern
Rechtsabteilung
Münsterplatz 3a
Postfach
3000 Bern 8

Bern, 14. August 2019

Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG (BFBG); Stellungnahme der Stadt Bern

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2019 wurden die interessierten Kreise zur Vernehmlassung betreffend das Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG (BFBG) eingeladen. Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Nach Prüfung der Unterlagen nimmt er wie folgt zur Vorlage Stellung:

1. Volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Bern-Belp

Aus städtischer Sicht konnte der Flughafen Bern-Belp bis dato dank seiner Luftverkehrsverbindungen insbesondere für Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft, Politik, der Bundesverwaltung und aus diplomatischen Kreisen eine schnelle und gute Erreichbarkeit von Destinationen im In- und Ausland sicherstellen. Dies stellte für die Bundesstadt einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor dar.

Mit Blick auf den Wirtschaftsraum Bern attestiert der Gemeinderat dem Flughafen positive volkswirtschaftliche Effekte (z.B. Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Tourismus im Wirtschaftsraum Bern). Nach wie vor nicht nur aus städtischer, sondern auch aus regionaler Sicht wesentlich ist der Flughafen Bern-Belp für medizinische Belange: Gerade im Hinblick auf den strategischen Entscheid, den Medizinalstandort Bern zu stärken, kann der Flughafen in Belp eine wichtige Rolle einnehmen (Rega, Lions Air).

Der Flughafen Bern-Belp verfügt über eine überregionale beziehungsweise kantonale Bedeutung. Deshalb erachtet es der Gemeinderat als stufengerecht, dass die Frage eines finanziellen Beitrags für den Flughafen auf kantonaler Ebene entschieden wird. Mit dem neuen Gesetz soll unter anderem die Rechtsgrundlage für Finanzhilfen an

Infrastrukturprojekte auf dem Flughafen Bern-Belp geschaffen werden, die bisher auf der Basis eines Beschlusses des Grossen Rats ausgerichtet wurden. Die Unterstützung des Kantons wird im Einzelfall zu bestimmen sein.¹ Der Gemeinderat bedauert, dass über die Grössenordnung der Finanzhilfen für den Ausbau der Infrastruktur in den Vernehmlassungsunterlagen keine Angaben gemacht werden; dies wäre unabdingbar, um ein Gesamtbild der allfälligen finanziellen Beteiligung des Kantons Bern an der Flughafen Bern AG zu erhalten und eine umfassende Einschätzung der volkswirtschaftlichen Relevanz dieser Vorlage vornehmen zu können.

2. Innovation anstatt Strukturerhaltung

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der Flugbetrieb auf dem Flughafen Bern-Belp prinzipiell selbsttragend sein muss – dies aus finanz- und ordnungspolitischen, aber auch aus ökologischen Gründen, denn schliesslich soll der ohnehin bereits (zu) billige Flugverkehr nicht noch zusätzlich vergünstigt werden.

Der Klimaschutz ist der Stadt Bern ein zentrales Anliegen. So hat der Gemeinderat im Mai 2019 seine Haltung im Kampf gegen den Klimawandel explizit bekräftigt und ein Positionspapier zum Klimaschutz und Massnahmen zur CO₂-Reduktion beschlossen. Darin ist unter anderem festgehalten, dass grundsätzlich ein Flugverbot für Mitarbeitende der Stadtverwaltung gilt; nur ausnahmsweise sollen Stadtangestellte und Mitglieder des Gemeinderats dienstlich fliegen. Ausserdem ist die Stadt angehalten, ihr Vermögen klimaneutral anzulegen. Vor diesem Hintergrund wäre eine Unterstützung des Flughafens Bern-Belp, wie er sich in der heutigen Form präsentiert, nicht im Sinne der städtischen Klimapolitik, sondern würde dieser zuwiderlaufen.

Eine reine Strukturerhaltung, wie sie mit dem vorliegenden BFBG angestrebt wird, ist nach Ansicht des Gemeinderats demnach nicht sinnvoll. Der Gemeinderat hält es für nicht erstrebenswert, einen ohne öffentliche Gelder nicht überlebensfähigen Flughafenbetrieb künstlich am Leben zu erhalten, solange nicht starke und verbindliche Anreize in Richtung einer ökologischen Transformation des Betriebs gesetzt werden. Unter den nachfolgenden Voraussetzungen ist der Gemeinderat indessen grundsätzlich bereit, einen öffentlichen Mitteleinsatz für einen erfolgsversprechenden Transformationsprozess beim Flughafen Bern-Belp mitzutragen:

- Der öffentliche Mitteleinsatz soll allein dem Transformationsprozess hin zu einem wirtschaftlich selbsttragenden und ökologisch zukunftsfähigen Betrieb dienen.
- Der öffentliche Mitteleinsatz wird als Anschub- oder Überbrückungsfinanzierung (im Rahmen eines Transformationsprozesses) ausgestaltet.
- Mit dem Beitrag darf keine (zusätzliche) Vergünstigung der ökologisch schädlichen Kurzstreckenfliegerei einhergehen; entsprechende Anreize sind zu vermeiden.

Nach Auffassung des Gemeinderats müsste eine gezielte Unterstützung des Flughafens Bern-Belp dazu dienen, den Standort zu einem schweizerischen Kompetenzzentrum im Bereich der klimaschonenden Luftfahrt zu entwickeln. Aufgrund der technologischen Fortschritte besteht die Chance, dass der heutzutage für die Umwelt schädliche Flugverkehr künftig nachhaltiger und klimafreundlicher gestaltet werden kann. So sollen

¹ Vgl. Kapitel 9, S. 11 des Vortrags zum BFBG.

etwa norwegische Kurzstreckenflugzeuge bis 2040 vollständig elektrisch sein.² Als Übergangslösung sind sowohl Hybrid-Flugzeuge als auch der Einsatz von Kerosin aus nachwachsenden Rohstoffen vorgesehen. Vielversprechend im Hinblick auf eine Revolutionierung des Luftverkehrs sind zudem die Bestrebungen, Treibstoffe synthetisch herzustellen: Forschende der ETH Zürich haben eine Technologie entwickelt, die aus Sonnenlicht und Luft flüssige Treibstoffe herstellt.³ Bei der Verbrennung dieser Treibstoffe wird nur so viel CO₂ freigesetzt, wie zuvor der Luft entnommen wurde. CO₂-neutrale Treibstoffe können direkt in der bestehenden globalen Transportinfrastruktur verwendet werden und sind daher für eine nachhaltigere Aviatik von zentraler Bedeutung. Diese synthetisch hergestellten Treibstoffe sind zurzeit noch zu teuer und nicht in grossen Mengen produzierbar. Nach Angaben der ETH ist das nächste Ziel, die Technologie auf industrielle Grösse zu skalieren und Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen.⁴

Der Flughafen Bern-Belp müsste demzufolge den Anspruch erheben, schweizweit zum führenden und treibenden Standort für eine Ökologisierung der Luftfahrt zu werden (z.B. mittels frühzeitigem Bereitstellen der erforderlichen Infrastruktur, Unterstützung entsprechender bzw. angewandter Forschung, Anschubfinanzierung für entsprechende Betriebe etc.). Damit würde der öffentliche Mitteleinsatz nicht einer blossen Strukturerhaltung dienen, sondern eine Entwicklung hin zu einem zukunftsfähigen Modell unterstützen, die überdies dem Innovationsanspruch des Kantons Bern gerecht würde.

Sollte der Flughafen Bern-Belp in Zukunft umweltschonend beziehungsweise klimaneutral betrieben werden können, müsste diese Chance aus Sicht des Gemeinderats ergriffen werden, nicht zuletzt aufgrund von dessen volkswirtschaftlicher Bedeutung für die Region und den Kanton Bern. Die Erarbeitung eines Zukunftsbilds, das gestützt auf fachlich begründete Szenarien eine grundsätzliche Neuausrichtung beziehungsweise eine eigentliche Transformation des Flughafens Bern-Belp vorsieht, nimmt allerdings Zeit in Anspruch. Deshalb empfiehlt der Gemeinderat dem Regierungsrat, zunächst die Entwicklung eines entsprechenden Zukunftsbilds an die Hand zu nehmen. Erst wenn eine solche Grundlage vorliegt, ist eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, welche die Entwicklung in die gewünschte Richtung ermöglicht.

Dies gilt umso mehr, als die Flughafen Bern AG selber in ihrer Medienmitteilung vom 4. April 2019 wenigstens in Teilbereichen eine solche Entwicklung in Aussicht gestellt hat. So möchte sich die Flughafen Bern AG zu einer Infrastrukturplattform entwickeln, die auch die Bedürfnisse der digitalen Mobilität abdeckt, und so zu einem *Swiss Digital Traffic Hub* werden. Dafür sollen unter anderem Test- und Zertifizierungsinfrastruktur für Drohnen, elektronische Flugtaxis und selbstfahrende Autos usw. bereitgestellt werden. Der Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass allfällige Kantonsbeiträge an die Umsetzung einer solchen Transformation geknüpft werden sollten. Wenn verbindliche Schritte in diese Richtung unternommen werden, wird sich auch eine öffentliche Mitfinanzierung wesentlich besser rechtfertigen lassen.

² Quelle: www.solarify.eu/2018/01/27/630-norwegen-will-bis-2040-kurzstrecken-elektrisch-fliegen, Stand 14. August 2019.

³ Quelle: www.ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2019/06/mm-solare-mini-raffinerie.html, Stand 14. August 2019.

⁴ Solche Bestrebungen gibt es heute bereits: So wird etwa ein Solarreaktor im grossen Massstab im Rahmen des EU-Projekts «sun-to-liquid» in der Nähe von Madrid getestet.

3. Fazit

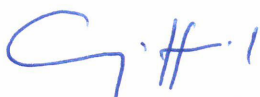
Gestützt auf obige Überlegungen schlägt der Gemeinderat vor, dass unter Federführung der Flughafen Bern AG und des Kantons Bern (und allenfalls unter Beteiligung des Bundes) eine Studie erarbeitet wird, die unter realistischen Annahmen mögliche Zukunftsbilder für den Flughafen Bern-Belp zeichnet. Der Gemeinderat erinnert in diesem Zusammenhang an das Ziel 5 der kantonalen Richtlinien der Regierungspolitik 2019 – 2022⁵, das wie folgt lautet: «Der Kanton Bern schafft gute Rahmenbedingungen für Zukunftstechnologien und Nachhaltige Entwicklung». Diese Bestrebungen sind nach Angaben des Regierungsrats von der Vision geleitet, dass Wohlstand und Schutz der Natur vereinbar sind mit einer nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen. Es sollen Forschung, Praxis und Politikdialog an den Schnittstellen von Klimawandel, Biodiversität und Landnutzung zusammengeführt und konkrete Projekte im Bereich der nachhaltigen Ressourcennutzung realisiert werden.

Die zu erarbeitenden Zukunftsbilder müssten nach Ansicht des Gemeinderats aufzeigen, mit welchen Massnahmen der Flughafen Bern-Belp ökologisch und klimapolitisch wegweisend, innovativ und wirtschaftlich tragbar betrieben werden kann. Es ginge also darum, eine Transformation des Flughafens Bern-Belp in ein zukunftsfähiges Modell einzuleiten. Der Gemeinderat kann sich vorstellen, sich substantziell an einer solchen Studie zu beteiligen. Wenn eine entsprechende Grundlage vorliegt, kann aus Sicht des Gemeinderats die Diskussion eines Beteiligungsgesetzes wieder aufgenommen werden. Bis dahin ist sie zu sistieren.

- **Der Gemeinderat lehnt das vorliegende Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG (BFBG) zum jetzigen Zeitpunkt ab und beantragt, dass die Vorlage sistiert wird. Die Diskussion über eine allfällige Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG soll erst wieder aufgenommen werden, wenn ein Zukunftsbild für einen ökologisch und klimapolitisch wegweisenden, innovativen und finanziell grundsätzlich selbsttragenden Flughafenbetrieb vorliegt, das gestützt auf realistische Annahmen erarbeitet wurde.**

Der Gemeinderat bedankt sich für die wohlwollende Prüfung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse



Alec von Graffenried
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber

⁵ RRB 1311 vom 12. Dezember 2018.